

Schießanlage weiter unter Beschuss

Die Umbaupläne für die Schießanlage im Forstenrieder Park sorgen weiter für Ärger. Unklar ist derzeit, wie sehr der Boden des Geländes verseucht ist. Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) fordert weitere Untersuchungen.

VON BRIGITTA WENNINGER

Zwar steht seit kurzem fest, dass die bayerische Staatsregierung das Areal nicht an den Schützen-Verein Hubertus Unterdill verkaufen wird (*wir berichteten*). Doch für die Bürgerinitiative „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ endet damit nicht der Kampf ge-

gen den umstrittenen Ausbau. Auch der Bezirksausschuss Forstenried machte per Antrag erneut klar, dass er den Umbau zur sogenannten Schwerpunktschießanlage ablehnt. Er fordert die Staatsregierung auf, bei einer Verlängerung des 2015 auslaufenden Pachtvertrags die Forderungen der Anwohner zu berücksichtigen. Der Vorsitzende der Initiative, Heinz Kuhnert, betonte in der jüngsten BA-Sitzung, an den 1973 vereinbarten Schießzeiten dürfe sich nichts ändern.

Mitglieder der Bürgerinitiative besichtigten kürzlich sogar die Schießanlage in Garching-Hochbrück. „Sie gleicht der bei uns geplanten Arena“, sagte Jochen Weidinger. „Allerdings befindet sich dort kein Wohngebiet in unmittelbarer Nähe.“ Was die Männer in



Martina Weinzierl

vom Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt. BOD

Garching beobachteten, beunruhigte sie: „Als wir hinter dem Wall standen, flogen Schrotkugeln über uns hinweg und prasselten gegen Bäume.“

Auch der für die Pläne zuständige Ingenieur Jürgen Voss habe im September gegenüber dem Umweltreferat eingeräumt, dass der bis zu 20 Meter hohe Wall die Kugeln nicht komplett abfangen könne. „Demnach fliegen fünf bis zehn Prozent der Geschosse



Jürgen Voss

Der Ingenieur plant den Umbau der Schießanlage. FKN

darüber hinweg“, so Kuhnert. Außerdem mindere der Wall kaum den Geräuschpegel. Das hätten Lärmmessungen der Initiative an der Garchinger Anlage ergeben: „Noch 225 bis 450 Meter von der Lärmquelle entfernt, wurden bis zu 66,5 Dezibel gemessen“, behauptet Weidinger. Nach Ansicht von Kuhnert werde die Situation in Unterdill genauso sein.

Trotzdem halten die Schützen an ihren Plänen fest. Der

Verein hat im Dezember einen Teil seines Antrags für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zurückgezogen. Dabei ging es um den Neubau der Wurfscheibenanlage. Grund dafür ist, dass der Verein die Zuständigkeit für diesen Antragsteil beim Landratsamt und nicht bei der Stadt München sieht. Die Unterlagen würden überarbeitet und nicht vor Ende Januar eingereicht. „Die Regierung von Oberbayern wird erneut prüfen, wer zuständig ist“, sagt RGU-Sprecherin Martina Weinzierl. Der BA fordert, dass die Regierung bei ihrer Entscheidung von 1987 bleibt und die Zuständigkeit bei der Stadt belässt.

Der Verein muss zudem prüfen, wie stark der Boden auf der Anlage wirklich belastet ist. „Eine 2005 vom Bayerischen

Landesamtes für Umweltschutz in Auftrag gegebene Untersuchung zeigte, dass der Boden durch Schrotrückstände erheblich kontaminiert ist“, sagt Kuhnert. Es müsse sichergestellt werden, dass das Gift nicht ins Grundwasser gelangt. Die Durchlässigkeit des Untergrunds sei im Bereich der Anlage hoch. Eine Aussage, die ein Sprecher des Landesamtes bestätigte.

Das RGU fordert vom Verein Detailuntersuchungen auf Basis der vorliegenden Ergebnisse. Dies sei eine „unverzichtbare Grundlage für das weitere Vorgehen“. Wegen der Belastung etwa mit Arsen, Blei und Antimon gebe es grundsätzlich Sanierungsbedarf – unabhängig vom Ausgang des immissionsschutzrechtlichen Änderungsverfahrens.